

**Podiumsdiskussion
unter Einbezug des Auditoriums
(Leitung: Uwe Kammann, epd medien)**

Uwe Kammann: Meine Damen und Herren, wir kommen zur letzten Runde dieses Nachmittags – innerlich erfrischt und auch von außen jetzt durch kühle Luft sicherlich noch mal beflügelt, um mit glasklaren Argumenten zu brillieren. Alles, was wir jetzt sagen, kann ständig gegen uns verwendet werden, weil Phoenix uns unnachgiebig beobachtet. Das Ergebnis des Zusammenschritts werden Sie voraussichtlich am 24. Januar sehen können, soweit ich weiß gegen die Mittagszeit. Ob das jetzt eine Rand-Zeit ist oder eine Kern-Zeit, das bleibt jedem überlassen.

Wir haben eine unglaubliche Menge an Stoff angesammelt. Es gibt also viel zu diskutieren, und ausdrücklich wurde ja schon durch Herrn Kops vorher erwähnt: die Öffentlichkeit des kritischen Plenums ist ausdrücklich erwünscht.

Darf ich vielleicht in einer ersten Runde einen Punkt berühren, der mit allen Referaten zu tun hat: Herr Stock hat ja sehr die gesellschaftsdienliche Funktion des Rundfunks hervorgehoben, also die klassische dienende Funktion. Man könnte sagen, die Gremien sind dann natürlich auch wiederum die Diener dieser Institution, die kritisch dienen soll. Die Frage ist: wem dienen sie denn am meisten, den entsendenden Organisationen oder denen, wohin sie entsandt werden? Dienen sie am meisten der Anstalt oder dienen sie oft – und immer mit großem Versprechen – der Gesellschaft? Kann man das überhaupt trennen oder geht das in einem laufenden Prozess ineinander über? Herr Eumann hat ja schon ein paar Antworten dazu gegeben.

Das würde mich noch mal bei – vielleicht zuerst – Herrn Vogt interessieren: Haben Sie jemals im Kopf gehabt: „Ich bin jetzt hier im Rat für eine große gesellschaftliche Gruppierung (das ist bei Ihnen als Vertreter der Kirche fast zu wenig gesagt); das ist mein erstes Mandat.“ Oder meinen Sie, auf einmal der Lobbyist des Hauses zu sein? Oder haben Sie sich gar mal als Instrument anderer missbraucht gefühlt?

Karl-Heinz Vogt: Die Rolle eines Gremienmitglieds ist ja tatsächlich eine vielschichtige. Ich habe – trotz der Vertraulichkeit der Beratungen – aufgrund der Veröffentlichungen der Pressestelle, vor allen Dingen, wenn es um Programmbeschwerden ging, häufig auch Kritik zu hören bekommen, dass das Mitglied der katholischen Kirche sich nicht vehement genug dafür eingesetzt hat, dass eine ganz bestimmte Sendung nun wirklich in den Verriss geriet. Das heißt also: das, was ich an sachlicher Argumentation einzubringen versucht habe, auch im Sinne der Kritik, wurde bei einem Teil der gesellschaftlichen Gruppe, die ich zu vertreten habe, nicht ohne weiteres akzeptiert. Man sieht sich – so ist es jedenfalls im kirchlichen Bereich – durchaus einer gewissen Öffentlichkeit ausgesetzt bei dem, wofür man in bestimmten Bereichen votiert hat. Bzw. man ist hinterher gefragt worden: Da ist doch diese oder jene Thematik besprochen worden, eine Sendung, über die es eine Programmbeschwerde gab: Wie hast du argumen-

tiert? Ich habe dann meine Position deutlich gemacht. Und die ist dann zum Teil auch sehr kritisch hinterfragt worden. Nein, ich habe mich durchaus als Anwalt des Gemeinwohls verstanden, auch von vorneherein – wie es im Gesetz auch vorgesehen ist. Und dass dazwischen natürlich auch hier und da Fragen zu entscheiden waren, die Kirche im engeren Sinn betrafen, das gehörte mit dazu. Ich fühlte mich primär als Anwalt der Öffentlichkeit.

Uwe Kammann: Ich möchte die Frage noch an Herrn Kroemer und Herrn Eumann weitergeben: Haben Sie manchmal das Gefühl, dass Sie einen nicht turnbaren Spagat durchführen müssen, und dass Sie sozusagen fast einem imperativen Mandat gehorchen müssten, das aber eigentlich gar nicht wollten, und sich dann trotzdem von Ihrer Parteiöffentlichkeit bzw. Ihren Inneren Gremien an die Kandare genommen fühlen?

Marc Jan Eumann: Ausdrücklich nicht. Natürlich erlebe ich das, was Herr Vogt auch erlebt hat. Bemerkungen am Montag morgen zum Wochenendprogramm, zumeist weniger freundlich, nicht selten verknüpft mit der schlichten Frage: Was machst du da eigentlich? Aber es gibt, um es klar zu sagen, nicht die Anforderung, dass ich gegenüber meinem Fraktionsvorsitzenden oder der SPD gegenüber Bericht erstatte. Das ist undenkbar. Kurzum: es gibt kein imperatives Mandat. Und das ist auch gut so. Denn das ist die Stärke des Rundfunkrates. Das ist die Stärke des öffentlich-rechtlichen Systems. Es wurde vorhin gesagt: Man muss das Ergebnis sehen. Das Ergebnis ist gut so. Das ist auch mein Eindruck, das ist meine Erfahrung. Wenn es anders wäre, so wie Sie es in Ihrer Frage unterstellen, dann wäre das Ergebnis auch ein anderes.

Unbestritten ist jedoch folgendes. Mitunter ist es schwierig, den Hut des medienpolitischen Sprechers mit dem des Rundfunkrates zu tauschen und umgekehrt. Wir haben in der gestrigen Rundfunkratssitzung auch über die Vorschläge des Gremiums für die Novelle des WDR-Gesetzes debattiert. Und das ist natürlich auch etwas, was meine Arbeit im Parlament sehr unterstützt. Kurzum: es ist ein konstruktiver Austausch zwischen beiden Hüten. Und es ist vor allem ein klares Bekenntnis eines Sozialdemokraten, diese Unabhängigkeit mit zu wahren. Das ist die Stärke des Systems.

Uwe Kammann: Herr Kroemer, bei Ihnen darf ich die Frage noch mal etwas zuspitzen. Wir können ja den Blick mal auf einen anderen Ort am Rhein werfen, nach Mainz. Da wurde bei der Intendantenwahl und jetzt bei der Wahl des Programmdirektors vom Supergau des Gremienrundfunks gesprochen, weil da eigentlich keine Gremien saßen, sondern ein verlängertes Politbüro, um es mal so zu sagen. Kann man insofern diese Formel einfach stehen lassen: „Das Ergebnis ist gut so“, wenn an dieser Stelle beispielsweise in Mainz beim ZDF viele Beobachter sagen, es ist eben nicht die beste Sach- und auch nicht die beste Personenlösung gefunden worden; sondern es war, weil man aus dem 77-köpfigen Hanserrat für den Intendanten ein Dreifünftelquorum brauchte, es war eine Lagerentscheidung, und es hat sich ein Lager nicht bewegen wollen, obwohl viele Argumente dafür gesprochen hätten? Ist vielleicht die Gremienlandschaft mit ihren Ergebnissen doch nicht so ideal oder so im großen Modus zu akzeptieren?

Michael Kroemer: Katastrophal, das kann man ja über das Ergebnis eigentlich jetzt noch nicht sagen, weil die gewählten Herren ja noch nicht so richtig zeigen konnten, was sie können. Aber ich frage mich, wie der neue ZDF-Intendant und der neue Programmchef mit dem Prozedere, aus dem sie hervorgegangen sind, überhaupt leben können. Das ist in der Tat eine Katastrophe gewesen, „der medienpolitische Gau“ im öffentlich-rechtlichen Rundfunk, wie man geschrieben hat. Das Katastrophale daran ist ja auch, dass es qualitativ nicht das erste Mal war, dass so etwas gelaufen ist. Es hat ja vor wenigen Monaten beim Bayerischen Rundfunk einen ähnlichen Vorgang gegeben, wobei man über das Ergebnis auch noch nicht so richtig weiß, wie man darüber denken soll. Das war umgekehrt. Im Vorfeld hat es Irritationen gegeben – um das vorsichtig zu sagen –, die dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk als Konstruktion nicht gedient haben. Das ist doch offensichtlich. Und ich finde es absolut katastrophal, dass aus solchen Vorgängen – die dann nicht nur bei EPD kritisch beleuchtet werden, sondern auch in einigen, wenn auch nur wenigen Tageszeitungen, die Süddeutsche hebt sich da immer wieder hervor, Klaus Ott und andere Kollegen – keine Konsequenzen gezogen werden. Es ist ihnen ja nicht mal peinlich.

Uwe Kammann: Könnte man auch den Novellierungsversuch in Hessen mit dazu zählen, wo ja die Zusammensetzung des Rundfunkrates durch die neue Landesregierung unter Roland Koch relativ massiv geändert werden sollte, immer im Hintergrund mit dem Verdacht von außen, damit dann eine „richtige“ Gremienmehrheit zu Stande kommt? Steckt da nicht der Ausdruck eines Zugriffswillens drin, der, wie immer die gesellschaftlichen Gruppen sonst dazu kommen, nicht zu unterschätzen ist?

Michael Kroemer: Ihre Frage ist schon die Antwort. Aber darf ich einen Gedanken hinzufügen zum Thema Öffentlichkeit: Wenn der öffentlich-rechtliche Rundfunk, Reinhard Grätz hat dazu heute morgen noch einmal im Wege eines Zitats aus dem WDR-Gesetz etwas gesagt, wenn also der öffentlich-rechtliche Rundfunk das gesellschaftliche Leben wirklich breit abbilden soll – ich weiß, dass jetzt einige einen Schock kriegen –, aber wieso ist dann beispielsweise ein Vorgang wie der beim ZDF nicht Gegenstand eines Berichtes in der ARD? Das ist tabu, das findet nicht statt.

Uwe Kammann: Geht es da um das Sprichwort der Krähen?

Michael Kroemer: Da hacken sich die Krähen ... – natürlich! Es ist ein eminenter Vorgang, der findet aber in der ADR als großem öffentlich-rechtlichem System schlicht und ergreifend nicht statt. Als Nachricht, wenn's nachher vorbei ist, ja. Aber die kritische Beleuchtung eines solchen Vorgangs in einem parallelen System, meinetwegen könnte man auch sagen einem „verwandten“ System, ist tabu. Und das finde ich nicht in Ordnung.

Uwe Kammann: Das würde ja noch mal zu unserem Thema Öffentlichkeit gehören, das wir sicher gleich noch mal behandeln. Jetzt zeige ich zunächst zu Herrn Hömberg.

Walter Hömberg: Das ist eine Frage nach der Qualität des Medienjournalismus überhaupt. Und da haben wir bei den Printmedien das Problem, dass bei der

hohen Medienkonzentration sehr viele als Akteure auf dem Medienmarkt insgesamt tätig sind und dann häufig die nötige Distanz der Berichterstattung fehlt. Deshalb sind ja unabhängige Mediendienste, wie sie etwa die Kirchen offerieren, auch so wichtig.

Ich will noch mal kurz eingehen auf den Einfluss der Parteien. Also: Kein Reservat gegenüber Parteien – das ist völlig klar! Die Parteien sind von enormer Bedeutung. Aber es kann kein Politikmonopol für Parteien geben. Nicht einmal vier Prozent der Bevölkerung sind Mitglieder von Parteien. Und von diesen vier Prozent ist nur ein winziger Teil auch politisch aktiv. Diese Relation muss man sehen. Was das Verfahren beim ZDF betrifft, da kann man in der Tat nur sagen: Der Imageschaden für das öffentlich-rechtliche System ist gewaltig groß; und das geht weit über die aktuellen Einzelfälle und über die jüngsten Personalentscheidungen hinaus. Hier sind strukturelle Änderungen nötig.

Es wurde am Vormittag kurz darüber gesprochen, dass bei der Medienordnung in Osteuropa das öffentlich-rechtliche System keine allzu guten Karten hat. Es dominieren einerseits staatliche Rundfunksysteme, andererseits privat-kommerzielle. Das ist ausgesprochen bedauerlich, denn wenn wir über einen wertvollen medienpolitischen Exportartikel verfügen, dann ist es das öffentlich-rechtliche System. Vielleicht haben wir alle – ich sage ganz bewusst: wir alle – zu wenig getan, um in den Transformationsländern Überzeugungsarbeit zu leisten, was dieses System für eine demokratische Entwicklung bedeutet. Das ist ein großes Defizit. Aber vielleicht ist es noch nicht zu spät.

Antje K. Pieper (Mitglied des Kölner Initiativkreises): Hiermit überbringe ich die Grüße des Berliner Initiativkreises, dessen Sprecherin ich bin, und ich werde über diese Tagung, die ich für extrem wichtig halte, genauestens in Berlin berichten, das als kleines Vorwort. – Zunächst möchte ich auf Herrn Hömbergs Wort „Personalkontrolle ist einfacher als Programmkontrolle“ zurückkommen. Hierzu möchte ergänzend zum ZDF und zum Hessischen Rundfunk berichten, wie zur Zeit die Neustrukturierung des RBB, fusioniert aus SFB und ORB, funktioniert. Parteipolitische Einflussnahme erfolgte durch die SPD, die den Intendantenposten besetzen wollte, und für den Fernsehdirektor hatte man Herrn Harnisch, den früheren Chefredakteur des Neuen Deutschland und PDS-Mitglied ausgeguckt.

Zweitens: Bei den Wahlen für die Rundfunkratsmitglieder wählte die CDU nicht die medienpolitische Sprecherin, die bisher stellvertretende Rundfunkratsvorsitzende war, sondern den Fraktionsvorsitzenden der CDU. Die hier geforderte medienpolitische Kompetenz als Maßstab entfiel, stattdessen hat man im Abgeordnetenhaus nach Machtkriterien entschieden. Durch den Protest in der Öffentlichkeit (auch der Berliner Initiativkreis hat ein Schreiben an alle Rundfunkräte versandt) wurde deutlich, dass bei der Wahl des künftigen Intendanten im Februar oder im März 2003 andere Kriterien angelegt werden müssen als die rein parteipolitische „Farbenlehre“, die hier ja auch schon mehrfach angesprochen worden ist. Die Zeitungen haben protestiert, seither ist Herr Harnisch nicht mehr in der Diskussion. Er ist nur noch normales Rundfunkratsmitglied. Aber ein Chefredakteur von „Neues Deutschland“ als Fernsehdirektor des neuen

staatsfern organisierten Senders RBB ist undenkbar. Das ist hier in diesem Kreise, und so fühle ich mich auch in meiner Funktion in Berlin als Sprecherin sehr unterstützt, genauso eingefordert worden. Mitwirken muss die Politik mit ihren medial kompetenten Fachleuten maximal mit einem Drittel Anteil, wie das Bundesverfassungsgericht dies vorgegeben hat.

Drittens, Herr Hömberg, Osteuropa. Auch da haben wir jetzt ein Projekt in Gang gesetzt, wo wir zehn junge polnische Redakteurinnen und Redakteure in die öffentlich-rechtlichen Medien als Stipendiaten nach Berlin geholt haben. Ziel ist die Überwindung der „Sprachlosigkeit“ zwischen beiden Völkern, wobei Journalisten als Mediatoren eine wichtige Rolle haben. Zwischen Polen und Deutschland ist ein zunehmender, aber noch zu geringer Informationsaustausch festzustellen. Das Projekt soll Anfang eines Fünf-Jahres-Programms zusammen mit dem Berliner Journalistenverband sein. Es gilt als Pilotprojekt.

Ich denke, dass wir, was hier gesagt worden ist, wirklich in die Öffentlichkeit tragen müssen, nicht nur als wissenschaftliche Publikation, Herr Kops, sondern bitte auch in die Medien, denn das wird auch die Bewertung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks wieder nach vorne bringen. Unberechtigter Parteeinfluss auf den staatsfern organisierten Rundfunk könnte so zurückgedrängt werden.

Uwe Kammann: Vielen Dank, Frau Pieper. Ja, ohnehin Herr Stock, ich wollte Sie gerne was fragen: Unterstellen wir mal, dass die Farbenlehre einen ungebührlich großen Einfluss hat auf den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, in welchen Schattierungen auch immer und mit welchen grauen Anteilen auch immer: Meinen Sie, dass sich die Programme wesentlich anders darstellen würden, wenn es gerechter oder im Sinne einer Kommunikationsgerechtigkeit differenzierter verlaufen wäre, oder ist vielleicht der Gremieneinfluss geringer, als wir im Augenblick annehmen?

Martin Stock: Ich möchte zunächst von einer Tagung berichten, die ich kürzlich besucht habe. Dort wurde dieses Problem ebenfalls erörtert, und das betraf insbesondere das ZDF und die dortigen personalpolitischen Querelen. Darüber sprach der neue Vorsitzende des Fernseh Rates Ruprecht Polenz, und er begann so: Alle sind sich darüber einig, dass die Programmgrundsätze beim ZDF in angemessener Weise praktiziert werden. Auch das Erfordernis der Neutralität und Äquidistanz gegenüber den politischen Parteien wird beachtet. Es gibt ein genügendes Maß an journalistischer Unabhängigkeit in allen Richtungen.

Daraufhin war umso weniger erklärlich, warum dieser parteipolitische Zugriffsversuch dennoch stattgefunden hat. Polenz neigte dazu, darin einen singulären Rückfall zu sehen. Sie haben ja in epd medien auch so getitelt, Herr Kammann: Das war ein Rückfall in die 60er Jahre, also ein einmaliger Unglücksfall sozusagen. An sich waren alle schon weiter, und dieses Streben nach Parteienherrschaft und Instrumentalisierung galt als überwunden. Na ja, nun war es eben nur ein kleiner Rückfall. Und dann sagte Polenz noch: Davon ist beim ZDF ein blauer Fleck zurückgeblieben, der verblasst aber schon. Wir werden uns jetzt in der weiteren Programmarbeit so bewähren, dass der Verdacht der parteipolitischen Instrumentalisierung widerlegt wird, und wir kommen darüber bald hin-

weg. Das war dessen Position. Ich frage mich allerdings, ob man solche Zugriffsversuche nicht ernster nehmen muss und ob sich dahinter nicht ein weiterreichendes Problem verbirgt.

Es geht um die Frage, ob wir neben der politischen Organisation eine eigenständige öffentlich-mediale Organisation schaffen können mit Funktionen, wie sie ähnlich auch im demokratischen Parlamentarismus vorhanden sind, aber eben nicht von den politischen Parteien dominiert, auch nicht mit einer Führungsrolle der Parteien innerhalb der Gremien. Herr Vogt hat eben herausgearbeitet, wie stark diese Führungsrolle der politischen Parteien unter dem alten WDR-Gesetz ausgeprägt war und wie sie dann unter dem neuen WDR-Gesetz zurückging. Parteien sind nach meinem Dafürhalten in der Rundfunkverfassung als Bindeglied zwischen Politik und Rundfunk sinnvoll und unvermeidlich. Man sollte sie gar nicht diskriminieren – im Gegenteil! Man muss sich aber darüber klar werden, dass sie in den Medien nur einen begrenzten Einfluss und Stellenwert haben dürfen. Stattdessen muss im Bereich des Rundfunks eine eigenständige rundfunkadäquate Organisation entstehen, angefangen mit den Basisbezügen, über die wir vorhin schon gesprochen haben: ein Wächteramt der Zivilgesellschaft, möglichst breite bürgerschaftliche Beteiligung – wie organisieren wir die? Wie beziehen wir sie in eine medienadäquate Repräsentativverfassung ein? Wie kommen wir zu einer Art Medienparlament mit funktionsfähigen Fraktionen? Wie gelangen wir zu einer begleitenden kritischen Öffentlichkeit? Wie bringen wir weiterreichende reflexive Dimensionen in die Sache hinein, wie sie zum Beispiel auch mit der heutigen Tagung beabsichtigt sind? Wie gewährleisten wir eine unabhängige professionelle Medienkritik, nicht nur in den – gewiss sehr verdienstvollen – kirchennahen Diensten, von denen der eine (Funkkorrespondenz) in den letzten Wochen beinahe zu Grunde gegangen wäre, sondern auch innerhalb des Rundfunkprogramms selbst? Das gehört mit dazu. Dies sind Probleme, die man im Zusammenhang sehen sollte. Es geht immer um die Frage, wie sich die erforderliche programmlich-publizistische Autonomie organisatorisch umsetzen und absichern lässt, einschließlich der dafür nötigen Staats- und Parteienferne.

Uwe Kammann: Gut, bleiben wir erst mal bei diesem Thema der Einflussnahme. Herr Eumann, es gab ja immerhin beachtliche Gesten durch Heide Simonis, der Ministerpräsidentin in Schleswig-Holstein, und durch Wolfgang Clement, damals noch Ministerpräsident hier in NRW. Beide haben die ZDF-Gremien, den Verwaltungsrat, verlassen und gesagt: im Grunde müsste der politische Einfluss an dieser Stelle vermindert werden. Sie haben gefordert: Entpolitisierung der Gremien, Verschlinkung und Effizienzsteigerung – diese anderen beiden Punkte lassen wir jetzt mal beiseite. Waren das nur Schaufenstergesten? Man weiß natürlich vorher, dass auch Clement sich vehement eingemischt hat in die Intendantensuche und -wahl, weil er sagte, es muss jetzt ein Manager her; und die anderen, die hauseigenen Kandidaten des ZDF, passten ihm ja alle nicht. War das Einsicht – oder der Frust an der Niederlage: Dann, wenn ich verloren habe, gehe ich lieber und verkaufe das noch als große demokratiefördernde Geste – immerhin Ihre Parteigenossen ...

Marc Jan Eumann: Ich will erst mal darauf hinweisen, dass die staatsvertraglichen Regelungen beim ZDF tatsächlich andere sind als beispielsweise beim WDR, insbesondere bei der Zusammensetzung des Verwaltungsrats. Hier sind die Hinweise von Simonis und Clement völlig richtig. Hinzu kommt: Wolfgang Clement hat auch seine Konsequenzen gezogen. Sie haben auch mitbekommen, dass dieses Thema innerhalb der SPD höchst strittig war, nicht nur bei Kurt Beck. Dabei ging es gar nicht so sehr um das „Ob“, wohl aber um das „Wie“, wie dort vorgegangen worden ist. Aber das Ergebnis ist so, wie es ist: Und wenn ich jetzt eine parteipolitische Brille aufsetze, ist das Ergebnis aus Sicht der SPD nicht zufriedenstellend. Denn die andere Volkspartei hat ja keine Konsequenzen aus dieser Debatte gezogen.

N.N.: Vielleicht noch einen Zwischenruf. Man kann natürlich mehrgleisig fahren, indem man die Medienstaatssekretärin auch entsendet, allerdings als Vertreterin der Filmwirtschaft.

Uwe Kammann: Und da gibt es auch ein anderes Problem, das zum Beispiel mit Klaus Rütter, der Leiter der Staatskanzlei in Rheinland-Pfalz war als Vertreter des Verbraucherschutzes oder der Verbrauchervereinigung.

Marc Jan Eumann: Wir müssen darüber gar nicht streiten. Das hat sich ja auch bei den Diskussionen innerhalb des ZDF als deutlich erwiesen, dass natürlich gerade diese Ausgangsposition für die nordrhein-westfälische Debatte innerhalb des ZDF extrem kompliziert war. Da will ich gar nichts schön reden. Mir ist in diesem Zusammenhang wichtig: Diese Phänomene, die hier beschrieben wurden, haben sich in meiner Zeit als Rundfunkrat nicht ereignet. Ich neige ja als Politiker tendenziell dazu, auf die positiven Beispiele zu setzen. Das gilt beispielsweise auch mit Blick auf die Intendantenwahl beim Bayerischen Rundfunk.

Uwe Kammann: Herr Kroemer hatte sich dazu gemeldet. Ich will noch einige Gedanken dazu mit auf den Weg geben. Heinz Kühn, der ja ein hochversierter Rundfunkpolitiker war, damals als Verwaltungsratsvorsitzender, der hat immer gesagt: Lasst die Parteienvertreter ganz öffentlich so wirken wie sie sind. Alles andere wäre Camouflage, und wäre sehr viel gefährlicher, weil sich dann Parteipolitik sozusagen untergründig durch die so genannten Verbandsvertreter und die Vertreter anderer Gruppen durchsetzt. Dann lieber offen. Herr Kroemer, ist das vielleicht der andere und bessere Königsweg?

Michael Kroemer: Nein, ich finde, man kann über diese unhygienischen Vorgänge, die jetzt wieder aufgewärmt worden sind, ja gar nicht weiter reden. Das ist, finde ich, eine ganz wichtige Aufgabe der Vertreter der gesellschaftlich relevanten Gruppen in den Gremien. Ich habe mit einigen ZDF-Fernsehratsmitgliedern darüber gesprochen. Die erzählen dir dann Stunden um Stunden, in welcher schrecklichen Situation sie waren, und sie konnten gar nicht anders usw., das ist ja abenteuerlich. Jeder baut sich auch seine persönliche Brücke, weil er dann sagt, ja, wenn ich jetzt da nicht mitgegangen wäre zum Freundeskreis, dann wäre ich gar nicht mehr eingeladen worden und hätte mir den Boden unter

den Füßen weggezogen. Das ist ein Armutszeugnis. So können wir nicht arbeiten. Das ist ja auch unser heutiges Thema.

Deswegen würde ich an dieser Stelle gerne mal was Positives über die Rolle der Politiker sagen. Das ist ja nicht nur eine Frage der Strukturen, sondern immer auch eine Frage der konkreten Personen. Und wenn Herr Vogt vorhin von alten Kämpfen zwischen Jürgen Büssow und Ruth Hieronimy erzählt hat, und wie die den Landtag in den Rundfunkrat transponiert haben, dann war das die eine Nummer. Aber im Laufe der Jahre hat sich das vollkommen anders dargestellt und entwickelt. Einmal wegen der beteiligten Personen, und da sage ich einfach mal: an der Spitze Reinhard Grätz, der selber jahrelang, 30 Jahre, glaube ich, im Landtag war, aber als Rundfunkratsvorsitzender niemals Parteipolitik gemacht hat, auch nicht gemacht hätte. Er war also als Parteipolitiker ein Garant dafür, dass eben dieses nicht passierte. Das muss man vielleicht an der Stelle auch mal sagen dürfen.

Uwe Kammann: Gut. In der Zwischenzeit gibt es, soweit ich jetzt gesehen habe, drei Wortmeldungen. Die erste kam von Herrn Stuiber, die Namen der anderen beiden Herren kenne ich leider nicht.

Werner Stuiber, Universität München: Also, ich finde die Diskussion ziemlich ätzend, und zwar deswegen, weil wir über diese Parteienfärbung der Gremien mindestens seit 30 Jahren diskutieren. In Bayern hat es hierzu in den 70-er Jahren sogar ein Volksbegehren gegeben. Und seitdem gibt es in Bayern keinen privaten Rundfunk, wie Sie wissen. Das Problem ist, dass diese Parteienfärbung vor dem Hintergrund eines abstrakten, normativ geprägten Rundfunkmodells diskutiert wird, welches uns die Verfassungsrechtler eingeredet haben. Und nun diskutieren wir immer wieder in die gleiche Richtung, obwohl wir doch wissen, dass unter den Bedingungen unserer pluralistischen, von Parteien und Verbänden geprägten Gesellschaft ein anderes Rundfunksystem gar nicht entstehen kann. Man sollte sich nicht ein Rundfunksystem denken, in dem die Parteien und Verbände nicht mitwirken. Ein Rundfunksystem lässt sich nicht gegen die inneren, grundlegenden Strukturen einer Gesellschaft entwickeln. Ich kann es nur aus dieser Gesellschaft heraus entwickeln. Also muss man erst die tatsächlichen Voraussetzungen und Begründungszusammenhänge prüfen, ehe es Sinn macht, zu überlegen, ob und inwiefern dieses Rundfunksystem hinnehmbar ist. Und dann kommt eine ganz andere Diskussion heraus. Und dann wird im Blick auf den öffentlich-rechtlichen Rundfunk klar, dass seine Existenz so lange gesichert ist, so lange die Politiker glauben, dass Ihre Interessen beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk am besten aufgehoben sind. Denn die tatsächlichen Verhältnisse bestimmen die Politik und nicht die vorgedachten Modelle.

Uwe Kammann: Vielen Dank zunächst. Nach diesem, sagen wir mal, „Modell öffentlich-rechtlicher Rundfunk aus Eigennutz einer kleinen Gruppe“ und nach einer Kritik am Verfassungsgericht – wenn ich es richtig gehört habe, dass wir nicht auf den Leim gehen mit einem Modell, das sollten wir vielleicht mal aufheben, es könnte ja sein, dass wir das Argument noch mal brauchen – nun die anderen beiden Wortmeldungen.

Wolfgang Lieb, Mitglied des Initiativkreises: Man muss und kann die Intendantenwahl beim ZDF oder auch das, was in Bayern passiert ist, mit Fug und Recht kritisieren. Was mich an dieser Debatte, die jetzt auch hier durchscheint, stört, ist, dass man mit ihr ein ganz anderes Ziel verfolgt, als diesen Zustand zu kritisieren; man kritisiert die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten insgesamt. Und man versucht sie zu diskreditieren.

Denn man glaube doch nicht, dass die Verleger – ich nenne jetzt mal die “Bananen“- Artikel in der FAZ oder auch die Süddeutsche Zeitung, ich nenne überhaupt jede Zeitung hier in Deutschland – einen wohlwollenden Zugang zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk haben. Ich habe jedenfalls höchst selten irgendeinen Kommentar gesehen, der beispielsweise die Vorzüge des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in diesem Staatswesen in der Weise dargestellt hat, wie dies heute geschehen ist. Ich vermute mal, dass in dieser Gesellschaft noch nicht mal 5 Prozent der Bevölkerung wissen, was eigentlich öffentlich-rechtlicher Rundfunk ist. In meiner Familie, und das war der Grund, warum ich in den Initiativkreis gegangen bin, habe ich zwei erwachsene Kinder, und ich habe die gefragt, was der Unterschied zwischen WDR und RTL ist. Sie sind Gymnasiasten. Ich habe vor 30 Jahren mal im Rundfunkrecht promoviert, sie sind also mit rundfunkrechtlichen Fragen sicherlich auch irgendwann mal konfrontiert worden. Sie wussten den Unterschied nicht, bis auf die Tatsache, dass es da parteipolitisches Gezänk gibt, und dass man Gebühren dafür bezahlen muss. Aber welches Gut, welche rechtliche Konstruktion, welcher Wert für die Gesellschaft dahintersteht, ist kaum bekannt. Und ich vermute, der Kreis, der weiß, welches Gut hinter dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk steht, ist sehr klein, so klein wie dieser hier. Wenn wir heute in Deutschland eine Debatte über den öffentlich-rechtlichen Rundfunk bekämen, wie wir sie mit den öffentlich-rechtlichen Banken haben, ich wüsste nicht, wer da das Wort ergreifen würde.

Wir haben diese Tagung bewusst mit dem Untertitel versehen: „Wie unterstützen die gesellschaftlichen Gruppen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk?“. Das sind die Einzigen, die den öffentlich-rechtlichen Rundfunk unterstützen könnten. Der WDR tut es nicht, weil er sich nicht traut, ja, ich versteh es nicht, Sie haben es, Herr Kroemer, vorhin gesagt, er greift ja noch nicht mal in die Debatte über den Nachbarsender ein. Die Verleger tun es nicht, die privaten Fernsehsender tun es ohnehin nicht, denn für sie ist der öffentlich-rechtliche Rundfunk nur eine lästige Konkurrenz. Es gibt also kein Sprachrohr für ihn.

Während der gesamten Schulzeit meiner Kinder ist jedenfalls über die Struktur des öffentlich-rechtlichen Rundfunks nie gesprochen worden. Das ist auch kein Wunder, denn diese Struktur ist singulär in dieser Gesellschaft. Wir haben keine vergleichbare Institution in dieser Gesellschaft, an der man das Besondere beispielhaft verdeutlichen könnte. Kurz und rund: Meine Erwartung auch an diese Tagung wäre gewesen, dass hier Vertreter gesellschaftlich-relevanten Gruppen anwesend gewesen wären (Herr Grätz hat am Anfang auf die fehlende Teilnehmerschaft hingewiesen) und dass man sie hätte fragen können, was sie zur Unterstützung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks tun, denn das sind die Einzigen, die etwas tun könnten und müssten. Wie gesagt, eine publizistische Basis, einen anderen Resonanzboden hat der öffentlich-rechtliche Rundfunk in

dieser Gesellschaft nicht. Und das finde ich beklagenswert. Um so wichtiger ist diese Tagung. Nur, wir sind ein ganz kleiner Kreis. Marc Jan Eumann, Du wirst mir nicht widersprechen, der medienpolitische Arbeitskreis oder der medienpolitische Ausschuss im Landtag führt ein Schattendasein. Ich habe Parlamentsdebatten über 9 Jahre beobachtet, wenn also einmal oder zweimal im Jahr eine medienpolitische Debatte stattfindet, dann ist es viel. Gut, vor einer Verabschiedung eines Gesetzes, das dann, wie das Landesmediengesetz vom letzten Sommer, ganz schnell verabschiedet werden muss, damit man bloß nicht zuviel debattiert, da findet mal ein Plenum statt, aber ansonsten findet Medienpolitik im Gegensatz zur Schulpolitik nicht statt, und wir wissen, dass unsere Kinder mehr Fernsehen als dass sie in die Schule gehen. Über Polizeipferde wird hier in NRW eine Riesendebatte geführt, die Zeitungen sind voll über diese Frage, aber wie der Rundfunk im Lande hier funktioniert, darüber findet keine Debatte statt. Das finde ich zutiefst bedauerlich. Meine Sorge geht dahin, dass wir spätestens bei der nächsten Gebührendebatte gefragt werden, warum brauchen wir eigentlich noch öffentlich-rechtlichen Rundfunk? Und warum soll man dafür noch bezahlen? Da wünschte ich mir, dass die gesellschaftlich-relevanten Gruppen für diese Institution auch mal öffentlich das Wort ergreifen würden. Sonst stellt sich die Frage, warum sie eigentlich das Privileg genießen, stellvertretend für die gesamte Gesellschaft den Rundfunk beaufsichtigen und kontrollieren zu dürfen.

Uwe Kammann: Herr Kops hatte sich gemeldet.

Manfred Kops: Ja, danke. In der Diskussion sind doch eine Reihe von weiteren Hinweisen gegeben worden, dass und wo Anspruch und Wirklichkeit divergieren. Und ich denke, wir sollten in den verbleibenden Minuten auch einmal stärker der Frage nachgehen, wie wir diese Divergenzen verringern können. Wie können wir die Wirklichkeit der Gremienarbeit stärker an den Anspruch annähern? Zur Beantwortung dieser Frage würde ich gerne anknüpfen an einen Gedanken, der schon in mehreren Beiträgen anklang, nämlich die Tatsache, dass das Handeln von Gremien, von Institutionen generell, erklärt und auch nur gesteuert werden kann über das Handeln der Individuen, die in diesen Gremien tätig sind, letztlich über individuelle Anreize dieser Gremienmitglieder. Mit Blick darauf müssten wir vielleicht einmal darüber nachdenken, ob diese Anreize nicht so umkonstruiert werden können, dass es – wie in anderen Bereichen, wie bei anderen Steuerungsmodellen auch – zur Deckung kommt zwischen den individuellen Interessen der einzelnen Akteure und den Zielen, die durch die Gremien verfolgt werden sollen. Das ist ja das Denkmodell, das beispielsweise der Marktsteuerung zugrunde liegt: die Idee der „unsichtbaren Hand“ – jeder verfolgt seinen Eigennutz, zugleich wird dadurch aber auch der Nutzen für die Gesellschaft maximiert. Auch die Steuerung über den politischen Wettbewerb basiert auf dieser Vorstellung: der Zwang der Politiker, Wahlstimmen zu gewinnen, sorgt dafür, dass die für den Bürger attraktivsten Programme angeboten und umgesetzt werden.

Ich hielte es für lohnend, die bei der Kontrolle und Steuerung des Rundfunks durch die Gremien auftretenden Defizite einmal aus dieser Perspektive zu be-

trachten. Die Handlungsanreize der Gremienmitglieder, ihre berufliche Herkunft und Einbindung, ihre gesellschaftspolitischen Auffassungen und intrinsischen Motive, den Rundfunk und die Gesellschaft mitzugestalten, aber auch die ihnen gewährten pekuniären und nicht pekuniären Gratifikationen erklären doch ihr Abstimmungsverhalten in den Gremien – und damit auch die Qualität dieses Steuerungsmodells. Dass z. B. ein Gremienmitglied, das in exponierter Stellung für eine politische Partei tätig ist, dort seine Brötchen verdient und seine beruflichen Perspektiven sieht, nicht in erster Linie die Interessen einer Gruppierung vertritt, für die es formal in diesem Gremium sitzt, ich sage mal: einer Verbraucherschutzvereinigung oder eines Sportverbandes, versteht sich doch von selbst. Insofern kommt sowohl dem Rekrutierungsverfahren der Gremienmitglieder als auch der schon mehrfach erwähnten Notwendigkeit, die Auffassungen und das Abstimmungsverfahren der Gremienmitglieder transparent zu machen, vor allem transparent für die entsendenden Gruppen, meiner Meinung nach eine zentrale Bedeutung zu.

Uwe Kammann: Vielen Dank, Herr Kops, das war in gewisser Weise eine Verlängerung von dem, was Herr Stock gesagt hatte. Er hatte ja schon ein Modell gefordert, das, glaube ich, eine differenziertere Form der Regulierung und auch einen anderen Zugang zur Öffentlichkeit mit beinhaltete. Herr Stock, Sie wollen das sicherlich noch mal ergänzen:

Martin Stock: Ich möchte erst noch ein Wort zu dem Diskussionsbeitrag von Herrn Stuiber sagen, soweit er die Karlsruher Rechtsprechung kritisiert hat. Herr Stuiber, Sie meinen anscheinend, dass da ein Ideal entworfen wird, welches mit dem, was Sie als „Realität“ bezeichnen und für eine machtpolitisch geprägte Medienlandschaft halten, nicht viel zu tun hat. Dem möchte ich widersprechen. Empfehlenswert ist immer wieder die Lektüre des NRW-Urteils des Bundesverfassungsgerichts, das ja auch das WDR-Gesetz 1985 und insbesondere den WDR-Rundfunkrat betrifft. Das Urteil hat mein Kollege Dieter Grimm geschrieben, der im Ersten Senat des Gerichts für das Medienrecht zuständig war. Da finden sich interessante Aussagen über Struktur und Funktion dieses Gremiums, auch unter machtpolitischen Gesichtspunkten. Das ist weit entfernt von einem Schwarz-Weiß-Denken in dem Sinn, dass entweder nur ein einfacher Partei- bzw. Verbandsegoismus oder nur ein abstraktes Gemeinwohl zu verfechten wäre. In dem Urteil klingt eine differenziertere Vorstellung an, wie wir sie vorhin auch schon beim Wickel hatten, realistisch insoweit, als man sagt: Diese Partikularinteressen, die müssen da hinein. Das ist ja gerade der Sinn der Entsendung von Gremienmitgliedern durch Parteien/Parlament und Verbände, dass deren kommunikative Belange da eingebracht werden sollen. Aber diese partikularen Interessen sollen nicht die Szene beherrschen und den Ausschlag geben, sondern sie sollen in einen übergreifenden diskursiven Zusammenhang eingebunden werden. Dabei sollen sie auch in die Distanz gerückt und im Lichte des Programmauftrags kritisch befragt werden. Daraus soll ein Prozess der Verselbstständigung der Rundfunkkontrolle in Richtung Gemeinwohl hervorgehen, nämlich zu dem kommunikativen Gemeinwohl hin, das in den Grundsatznormen der §§ 3 ff. WDR-Gesetz angelegt ist. Das meint dann

auch § 15 WDR-Gesetz, wenn er in Absatz 12 von den Rundfunkratsmitgliedern verlangt, „die Interessen der Allgemeinheit zu vertreten“. Diese Gemeinwohlorientierung ist nicht statisch, sondern prozesshaft zu verstehen. Das ist ein anspruchsvoller, aber m. E. nicht realitätsblinder normativer Ansatz, den ich nach wie vor für unverzichtbar halte.

Wenn man dem weiter nachgeht, kommen alle diese anderen Aspekte hinzu, die eben wieder angesprochen worden sind, einmal anstaltsintern, zum andern nach außen. Wie Herr Lieb ausgeführt hat, gibt es in der öffentlichen Diskussion über Medienfunktionen große Defizite. Und entsprechendes gilt auch innerverbandlich. Nach meinen Erfahrungen sind von jedem Verband immer nur ganz wenige Personen in der Lage, sich in Medienfragen sachkompetent zu äußern. Manchmal wird der erste Vorsitzende in den WDR-Rundfunkrat geschickt und der zweite Vorsitzende zur LfR/ LfM. Wenn ein Verband aber nur ein einziges sachkompetentes Gremienmitglied stellen kann, ergibt sich in NRW ein Problem. Sofern das öfter vorkommt (wie es nach meinen Beobachtungen leider der Fall ist), kann das schon bedeuten, dass es im LfR/LfM-Kontrollgremium bei den Hinterbänkeln ziemlich düster aussieht. Und das ist eben sehr bedauerlich, dass es in den Verbänden so wenig gemeinnütziges Engagement und so wenig medienspezifische Expertise gibt, dass sich dieses Problem des „zweiten Mannes“ stellt. Wir werden uns auch fragen müssen: Wie kann man in die Verbände hineinkommen mit der Aktivierung innerverbandlicher Reflexion über öffentliche Medien? Wie lässt sich dort eine breite und gründliche Diskussion über Fragen der gesellschaftlichen Verantwortung für den Rundfunk in Gang setzen? Wenn das nicht gelingt, werden die Verbände über kurz oder lang auch ihre eigene Legitimation, an der Rundfunkkontrolle mitzuwirken, verspielt haben, und wir werden eine ganz andere Rundfunkordnung bekommen.

Im übrigen sehe ich die Förderung unabhängiger professioneller Medienkritik als Kernpunkt an. Ein solches Vernunftpotential kann man sich auch innerhalb der Anstalten und Programme vorstellen. Das mag dann freilich manch einem unbequem werden. Es soll in den Anstalten beispielsweise „Hierarchen“ geben, die so etwas aus Angst vor den politischen Parteien vermeiden wollen. In der Tat werden solche eigenen medienkritischen Sendungen nach einer Weile – gerade auch dann, wenn sie wirklich munter und schwungvoll werden – in den Funkhäusern gern wieder eingestellt. Das muss jedoch nicht so bleiben. Das kann man auch von den Gremien aus ändern, wenn man es nur ernstlich will und energisch in Angriff nimmt.

Und dass solche besonderen Vernunftpotentiale auf dem öffentlichen Sektor wünschenswert sind, zeigt auch ein Blick auf den privaten Sektor: Dort gibt es diese wenigen leistungsfähigen Mediendienste, die strukturell gefährdet sind, weil ihnen immer irgendwelche ökonomischen oder meinungsmäßigen Einzelinteressen in die Quere kommen können. Man sieht es ja gerade wieder an der Funkkorrespondenz. Ich habe in der Süddeutschen Zeitung Nr. 291/2002 gelesen, dass ausgerechnet der von der katholischen Kirche in die LfM-Medienkommission entsandte Funktionär derjenige gewesen sei, der – aus schlicht-finanziellen Gründen – innerkirchlich besonders eifrig auf eine „stille Liquidation“ des Katholischen Medieninstituts (in dem die Funkkorrespondenz produziert wird)

hingearbeitet habe. Wenn das zutrifft, wäre dies übrigens auch ein schlagendes Beispiel für das eben angesprochene Verbandsproblem mit dem „zweiten Mann“.

Uwe Kammann: Vielen Dank, Herr Stock.

Werner Stuibler: Ich habe natürlich das Urteil gelesen, und genau das was ich kritisiere kommt dort zum Ausdruck. Wir haben doch die ganze Zeit gedacht, dass die Verbände in den Gremien entsprechend ihrer Bedeutsamkeit repräsentiert und entsprechend gewichtet sind. Und in diesem Urteil ging es auch um die Frage, ob etwa antagonistische Interessen gleichgewichtig, nämlich in gleicher Anzahl vertreten sein sollten. Dies aber sah das Gericht nicht so, denn seiner Ansicht nach kommt es auf die Zahl der Vertreter gar nicht an. Es genügt, wenn dieses Interesse die Chance hat im Diskurs der Gremienmitglieder zum Ausdruck zu kommen. Denn auf der Grundlage diesem Diskurses käme im Ergebnis eine Vernunftentscheidung zu Tage. Das ist natürlich eine Vorstellung von einer bürgerlichen Gesellschaft, die längst nicht mehr existiert, wenn sie denn je existiert hätte. Die Realität ist ganz anders. Es wird doch dort kein Diskurs geführt in dem Sinne, dass der Recht hat, der über die besseren Argument verfügt. Das wäre ja von einer ganz anderen Welt.

Volker Hoff (medienpolitischer Sprecher der CDU im Hessischen-Landtag und Mitglied im Rundfunkrat des Hessischen Rundfunks): Nachdem hier in einem Atemzug die Intendantenwahl beim ZDF und beim Hessischen Rundfunk genannt wird und dann noch mit dem Kommentar versehen wurde: „Na ja, da hat sich die Landesregierung einen Rundfunkrat so zurecht gezimmert, wie sie ihn braucht“, stellt sich mir die Frage: „Wie gehen eigentlich gesellschaftliche Gruppen in solchen Diskussionen mit gesellschaftlichen Gruppen um?“ Ich weiß, dass eine vertiefte Sachkenntnis manchmal an der fröhlichen Diskussion hindert, aber ich will nur mal darauf hinweisen, dass wir beispielsweise per Gesetz die Zusammensetzung des Rundfunkrates geändert und eine Vielzahl von gesellschaftlichen Gruppen beteiligt haben. Die Zahl der Parteienvertreter bleibt bei dieser Ausweitung übrigens unverändert. Die Zahl der Vertreter relevanter Gruppen hat sich erhöht. Es ist völlig unangemessen, dass diese gesellschaftlichen Gruppen, z. B. der Landessportbund oder die Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte in Hessen, in solchen Diskussionen geradezu degradieren werden, willfährige Erfüllungsgehilfen einer Landesregierung zu sein.

Sie können uns sicher den Vorwurf machen, weil das wahrscheinlich als Gegenargument kommt, dass wir unter anderem bei diesem Gesetzgebungsverfahren auch den Bund der Vertriebenen mit in den Rundfunkrat aufgenommen haben, das mag man kritisieren, aber da weise ich einfach darauf hin, das war Gegenstand unserer Programme, Ziel der letzten 10 Jahre bis zur Landtagswahl. Und manchmal kann es auch sein, dass politische Parteien dazu neigen, nach einer Wahl das zu tun, was sie vor der Wahl ins Programm reingeschrieben haben; genau das haben wir an dieser Stelle gemacht. Da nehmen wir die Kritik auch gerne in Kauf. Aber ich stelle schon die Frage, wie gehen gesellschaftliche Gruppen mit gesellschaftlichen Gruppen um, wenn in solchen Diskussionen alle gesellschaftlichen Gruppen darauf reduziert werden, dass sie nur irgendwelche Erfüllungsgehilfen-Funktionen wahrnehmen sollen.

Uwe Kammann: Herr Grätz, Ihr Thema!

Reinhard Grätz: Ich will noch mal eine Bemerkung von Martin Stock zur Struktur der Repräsentanten aufgreifen. Ob die aus Verbänden oder Parteien kommen, ist relativ gleichgültig. Ich glaube, sie sollten dabei sein, im Interesse der Räte, aber auch im Interesse der Anstalten, das ist ja ein Mischsystem. Es ist ein großer Vorteil, dass in vielen Räten die Vorsitzenden oder Hauptgeschäftsführer der Entsendungsberechtigten sitzen. Jeder weiß, die haben ein Problem, obwohl sie sich zum Teil sehr für Medien interessieren; die haben ein Zeitproblem. Das ist vorhin auch zum Ausdruck gekommen. Also wäre es schlecht, wenn nur solche Repräsentanten vertreten sind; es sollten auch Experten aus den Verbänden vertreten sein, die dieses Zeitproblem so extrem nicht haben. Aber ich glaube, es werden, außer bei Pensionären, immer Leute sein, die Zeitprobleme haben, weil es immer Leute sein sollten, die sich auch im Beruf oder in der Öffentlichkeit oder in der Gesellschaft überdurchschnittlich engagieren. Das bringt immer Zeitprobleme, egal, wo man dann vertreten ist. Auf die Mischung kommt es an. Die ist bei uns, wie ich glaube, vielleicht zufällig, ganz gut gelungen. Solche Strukturen haben ja auch bestimmte Nebenwirkungen und Nebenfunktionen.

Zum Beispiel NRW mit 42 Mitgliedern plus den Stellvertretern, die ja zum Teil sehr aktiv in die Arbeit eingebunden sind: Das ist eine Versammlung fast aller relevanten großen und kleinen Kräfte in NRW, die in dieser Form an keinem anderen Platz im Lande regelmäßig zusammenkommt. Das ist wertvoll für den Sender innerhalb und außerhalb der Debatten. Das ist auch wertvoll für die Organisationen, die dort gewissermaßen repräsentiert sind dadurch, dass sie das Benennungsrecht, nicht das Vertretungsrecht, haben.

Das ist das eine. Das andere ist, was ich gelegentlich auch in den letzten Jahren gesagt habe – einige gucken dann immer etwas erstaunt oder auch missbilligend –: Gremiensitzungen sind auch Weiterbildungsveranstaltungen, nicht nur für diese sehr unterschiedlichen, aber ausnahmslos für die öffentlichen Angelegenheiten interessierten oder engagierten Räte und ihre Zusammenführung zum Konsens (und der ist ja im Unterschied zu Parlamenten überwiegend gefragt in solchen Gremien), sondern das ist auch lehrreich für die Häuser und ihre hauptamtlichen Repräsentanten, die ja bei diesen Diskussionen anwesend sind, auch mitmischen im Diskurs. Also eine weitere, sehr wichtige Funktion, indem anhand von Medienproblemen vielleicht auch sehr vieles geklärt werden kann.

Wenn ich daran denke, dass wir gestern im Rundfunkrat auch ein bisschen länger diskutiert haben, aber am Schluss die erwähnte erste größere Satzungsänderung nach 17 Jahren einstimmig verabschiedet haben: das hat natürlich Gewicht. Es ist etwas anderes, ob man in einem Rundfunkrat Satzungsänderungen – in einer Reihe unwichtiger, aber auch in einigen sehr wichtigen Fragen – mehrheitlich oder einstimmig verabschiedet. Genauso haben wir einige – wie ich glaube, sehr konstruktive – Vorschläge für eine kleine Novelle des WDR-Gesetzes gemacht. Das Ergebnis war, mit ein oder zwei Enthaltungen aus formalen Gründen, dann zum Schluss auch Einstimmigkeit. Das ist ein gutes Sig-

nal für den WDR an den Landtag von NRW, denn da saßen auch die medienpolitischen Sprecher, es gibt zur Zeit nur zwei Landtagsabgeordnete im Rundfunkrat. Das will ich auch mal erwähnen, welche wichtigen Nebenfunktionen in einem solchen Gremium mitgestaltet werden können.

Ein Letztes will ich noch sagen zum ZDF. Wir kommen von Seiten der Gremienvorsitzenden der ARD ja öfter mit den ZDF-Repräsentanten zusammen, das ist immer nicht nur sehr nett, sondern auch manchmal lehrreich, auch im Hinblick auf die bestehenden Unterschiede, die unterschiedlichen Schwerpunkte. Das sind wichtige Abstimmungen, die die öffentlich-rechtliche Säule nötig braucht. Andere stimmen sich da noch besser ab, denke ich. Wir haben mehrere Gespräche gehabt seit dem letzten Frühjahr und immer wieder festgestellt, dass das ZDF insgesamt, ob Gremien oder Leitungsebene, sprachlos ist zu diesem schlimmen Desaster, das wirklich Schaden für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk erzeugt hat, nicht nur in interessierten Kreisen. Man möchte darüber nicht sprechen, auch nicht im internen Kreis. Man blockt das ab. Und dann darf man auch nicht weiter bohren. Man kann die Leute nicht zwingen, darüber zu sprechen.

Das ist ein Dilemma, weil die Öffentlichkeit den Eindruck bekommen hat, diese Zustände beim ZDF, die sich da offenbart haben, wären typisch für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Das ist aber durchgängig in den ARD-Anstalten nicht der Fall, trotz ihrer großen Unterschiedlichkeiten. Der Bayerische Rundfunk und sein Rundfunkrat hat sich schon 1988 emanzipiert, als man gegen den Wunsch der Staatskanzlei den parteilosen, wertkonservativen, hochachtbaren Scharf wählte, weil der mit Abstand beste Mann war. Man musste ihn wählen, weil man ihn kannte, gegen den Wunsch der dominierenden Politik. Und so war es bei der letzten Intendantenwahl beim Bayerischen Rundfunk auch: Man widersetzte sich einer bestimmten politisch lancierten Person. Dazu brauchte man nicht einen Linken zu wählen; der würde in Bayern gar nicht passen, das wäre ja nicht die Lebenswirklichkeit von Bayern, wäre auch falsch, finde ich. Aber ich glaube, hier hat ein Emanzipationsprozess stattgefunden bis hinein in den Bayerischen Rundfunk, der in dieser Hinsicht ja lange als der parteipolitisch am stärksten beeinflusste galt. Insoweit ist das positiv. Auch die knappen Ergebnisse in Hessen zeigen, dass offenbar einige Rundfunkräte ganz eigenständig gegen Erwartungen abgestimmt haben, obwohl die parteipolitische Kontrastierung bei den Kandidaten dort nicht so deutlich war. Ich halte das für eine positive Entwicklung.

Uwe Kammann: Vielen Dank! Herr Grätz, Sie haben ein Problem genannt, das noch mal zu Kompetenzfragen führt: das knappe Zeitbudget gerade auch von Funktionären. Ich wollte gerade noch Herrn Eumann fragen – weil er zeitlich am meisten unter Druck ist, er hat also zwei Zeitprobleme möglicherweise: Herr Eumann, wir haben ja eben gesagt, es müssen vielfältige Kontroll- und Wächterfunktionen in sich vereinigt werden bei einem Gremium. Das sind Finanzfragen, Personalfragen, Sachfragen, Programmfragen. Herr Hömberg hatte heute morgen gesagt, dass die Nutzungsfrequenz von Programmen bei Gremienvertretern eher unterdurchschnittlich ist, weniger als bei normalen Zuschauern.

Brauchen die Gremien mehr externe Kompetenz oder sind sie ausreichend auch über das Normalprogramm unterrichtet? Oder geht es immer nur dann ans Eingemachte, wenn es eine Beschwerde gibt, also wenn man aus irgendeinem Grunde sich politisch oder aus anderen Gründen mit einem Programm herumschlägt und ärgert?

Marc Jan Eumann: Wie immer im Leben, ist es die Kombination aus allem. Wenn wir zum Beispiel über die Programmstrukturreform diskutieren, auch wenn es nur eine kleine ist, ist das ein Thema, das uns alle angeht im Rundfunkrat. Programmbeschwerden wiederum unterliegen ebenfalls einer besonderen Aufmerksamkeit. Reinhard Grätz hat eigentlich das gesagt, was auch meine Einschätzung ist. Die Mischung macht's. Vielfalt ist eben vielschichtig. Im Rundfunkrat reicht das Spektrum von denjenigen, die in ihrem jeweiligen Betätigungsfeld stark engagiert sind, bis hin zu dem Typus des Berufs Rundfunkrates. Also Menschen, die kaum weitere Verpflichtungen haben, sondern ihre ganze Fürsorge und ihr ganzes Engagement einbringen. Und ich glaube, diese Mischung macht es dann aus, dass die Ergebnisse – und ich bleibe dabei – trotz der Widrigkeiten, die wir auch besprochen haben, im Prinzip gut sind.

Uwe Kammann: Haben Sie, Herr Eumann, in den letzten vierzehn Tagen mal einen Fernsehfilm gesehen?

Marc Jan Eumann: Ich habe in den letzten vierzehn Tagen keinen Fernsehfilm gesehen.

Uwe Kammann: Herr Kroemer, Sie?

Michael Kroemer: Ja, „Polizeiruf 110“ am Sonntagabend.

Uwe Kammann: Und wie ist es bei Ihnen, Herr Vogt, wie war das denn früher: normale Programmbeobachtung? Waren Sie an dieser Realität eigentlich dran? Oder sind die Gremien immer nur mit einer Funktion von Programmen beschäftigt, also mit einem Modell, das keineswegs dieser Wellenbewegung entspricht – das Programm erlebnis kommt ja auch wie aus der Leitung. Insofern wird vielleicht ein Programm für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk noch richtig wahrgenommen, weil es einfach gut ist, genießbares Wasser ist. Aber das war nur eine Nebenbemerkung. Herr Vogt, wie ist es bei Ihnen?

Karl-Heinz Vogt: Ich habe häufig genug Hinweise bekommen von Leuten, die wussten, dass ich dem Rundfunkrat angehöre, die haben gesagt: Guck dir das mal an! Es wird ja gelegentlich geredet, wie abgehoben die Gremienvertreter sind, dass die im Grunde von der Realität herzlich wenig wissen, und auch das Programm zu wenig kennen. Ich gebe zu, ich war auch bestimmt im unteren Drittel derjenigen, die das Programm wirklich intensiv verfolgt haben. Aber, dass ich gezielt auf viele Dinge aufmerksam gemacht worden bin, dafür war ich dankbar. Das passierte sehr viel häufiger als man sich das normalerweise vorstellt.

Walter Hömberg: Nach den einschlägigen Umfragen bei Gremienmitgliedern besteht eine Diskrepanz bzw. – um es zurückhaltend auszudrücken – ein Spannungsverhältnis. Einerseits wird gesagt, dass die Programmkritik in den Gre-

mien ganz obenan steht und dass dazu vorwiegend die eigene Programmbeobachtung Anstöße liefert. Andererseits korrespondieren diese Aussagen nicht mit den Nutzungsgewohnheiten und mit anderen Angaben.

Ich denke, dass es heute nicht mehr reicht, eine Art Einzelfallbeobachtung zu machen, wie es ja meistens passiert. Es gibt irgendeinen Skandal. Der wird möglicherweise in der Presse aufgegriffen oder in einem Leser-, Hörer- oder Zuschauer-Brief artikuliert. Und dann wird dieser Einzelfall in den Gremien diskutiert. Weil dies unzureichend ist, habe ich ja den Vorschlag gemacht, dass gerade auch die Rundfunkräte Expertise anfordern können müssen. Sie müssen die Möglichkeit haben, auch Medienforschungsprojekte zu initiieren, um etwa mal großflächig Grundsatzfragen zu untersuchen. Als Beispiele seien genannt: Wie wirken Gewaltdarstellungen? Wie wirken Darstellungen von Extremismus? Es kann nicht damit getan sein, punktuell immer nur einen kleinen Einzelfall her zu nehmen und den zu debattieren. Es geht in der Tat bei Programmfragen um großflächige, auch großstrukturelle Fragen. Und da wäre ja auch den Rundfunkräten geholfen, wenn sie die genannte Möglichkeit hätten. Deshalb möchte ich diesen Vorschlag noch einmal wiederholen.

Ein Punkt aus der Diskussion scheint mir ganz wichtig, nämlich das Problem, dass in vielen Fällen mit Abwanderung reagiert wird. Wir haben die Politikverdrossenheit. Wir haben die Parteienverdrossenheit. Wir haben einen Rückgang der Wahlbeteiligung. Und wir haben leider auch eine Abwanderung, das wurde ja sehr eindrucksvoll geschildert, von Jugendlichen gegenüber den öffentlich-rechtlichen Programmen. Eine der wichtigsten Aufgaben ist, den „nachwachsenden Rohstoffen“ klar zu machen, was dieses System bedeutet. Auch die Initiativ- und Arbeitskreise, die sich als kritische Sympathisanten des öffentlichen Rundfunks verstehen, sollten sich mit dieser Frage intensiv befassen. Vielleicht wäre das ein Thema für eine eigene Veranstaltung.

Uwe Kammann: Herr Eumann wollte direkt replizieren.

Marc Jan Eumann: Zu zwei Stichworten. Erstes Stichwort: Beratung. Dass es da Bedarf gibt, hat der Landesgesetzgeber erkannt. Wir haben in NRW den Medienrat geschaffen, eine Institution, die jährlich einen Bericht über die Entwicklung der Medien in NRW geben soll. Der Medienrat ist Organ der Landesanstalt für Medien. Zweites Stichwort: Generationenfrage. Wolfgang Lieb hat auch darauf hingewiesen: wie klärt sich die Generationenfrage? Was passiert eigentlich mit dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk in dreißig Jahren? Ich meine, das wird die größte Herausforderung sein. Deswegen mein besonderes Plädoyer für das Online-Engagement. Denn ich glaube, dass gerade in diesem Bereich Jüngere in ihrer Mediennutzung ganz stark an den öffentlich-rechtlichen Rundfunk gebunden werden können, sonst werden sie nicht mehr gebunden.

Uwe Kammann: Glauben Sie, Herr Eumann, dass dann auch ein 50-Jähriger unbedingt immer noch VIVA guckt oder NeunLive, und dass also dann einmal ProSieben immer ProSieben bedeutet?

Marc Jan Eumann: Zunächst gilt, die heute über 60jährigen haben ja die bislang längste Zeit ihres Lebens nicht im Dualen System vor dem Fernseher verbracht.

Uwe Kammann: Also Sie glauben nicht, dass es eine sozusagen natürliche Wanderungsbewegung gibt, und dass dann die Bevorzugung von Genres, von Stoffen, von Informationsdichte auch mit dem Lebensalter einen Wechsel in Programmvorlieben nach sich zieht?

Marc Jan Eumann: Ich glaube, dass dieser Trend nicht ausreichen wird. Dazu bedarf es mehr Engagement auf diesem Feld.

Uwe Kammann: Das führt noch mal zurück zu der Frage, die schon mehrmals aufgetaucht ist, die der Legitimation: Die dann ja auch zur Frage führt, ob Gebührenbereitschaft besteht. Wenn ein Großteil der Zuschauer auf einmal nicht mehr zahlt, wird es schlecht aussehen. Das ist auch die Frage von Herrn Lieb: Ob sich dann der öffentlich-rechtliche Rundfunk über weitere, über dritte Mittel an die Öffentlichkeit wendet. Sie haben die Presse genannt, aber wir sind ja nun auch nicht einfach so ein Hebel, sondern wir sollen ja auch kritische Beobachter sein. Oder spricht der öffentlich-rechtliche Rundfunk tatsächlich über das Produkt – Entschuldigung jetzt wegen der Markensprache –, also über das Programm, für sich? Muss das Programm überzeugen und reicht das vielleicht, so dass man nicht auch noch in der Schule die strukturelle Verankerung lernen muss, weil man sagt: „Ich merke, das ist so vielfältig, entspricht so sehr meinen Bedürfnissen und zeigt so viele Aspekte auf, dass ich weiß, es ist eine eigenständige besondere Qualität“? Muss es tatsächlich diese Transmission geben, Herr Vogt? Dieses Argument ist ja ein paar mal gefallen. Und den größten Erfolg hatte heute ja Herr Hömberg – nach dem Gemurmel im Saal zu urteilen – als er das Taxifahrersyndrom nannte: Die Gremien kennt keiner so genau. Das ist was anderes; zumindest ARD und ZDF sollte vielleicht jemand kennen.

Karl-Heinz Vogt: Also ich meine, dass zum Beispiel Eins Live bei den jungen Leuten ein Markenzeichen ist. Die wissen, dass das vom WDR kommt. Ich glaube auch, dass zum Beispiel WDR 5, noch einmal Hörfunk, mit Lilliputz, also mit Sendungen für Kinder, tatsächlich Körner enthält, die – wenn ich das Bild vom Samen aufgreifen darf – hinterher aufgehen und die signalisieren: dieser öffentlich-rechtliche Rundfunk – all das, was mit dem WDR zu tun hat – der bringt ganz gute Sendungen. Das hat mich interessiert, oder das interessiert mich jetzt.

Ich glaube nicht, dass Herr Eumann mit seiner Skepsis recht hat. Man wächst ja heraus aus ganz bestimmten Horizonten, Lebenswirklichkeiten, in denen man drin steht. Von daher entwickeln sich auch andere Fragestellungen, und die Frage, welche Angebote in den Medien beantworten diese. Ich wäre nicht so skeptisch, zu sagen: der öffentlich-rechtliche Rundfunk hat keine Zukunft. Von seiner Struktur – das glaube ich unbesehen, Herr Lieb – hat kaum jemand Kenntnis; da weiß kaum jemand drüber Bescheid. Aber dass der WDR etwas anderes ist als RTL oder SAT 1, da bin ich ziemlich sicher. Wenn man das auf eine einfache Weise erfragen würde, könnte man durchaus auch Kennzeichen erheben, dass Menschen das unterscheiden.

Uwe Kammann: Herr Kroemer, das reizt Sie?

Michael Kroemer: Der öffentlich-rechtliche Rundfunk muss sich nicht nur über ein gutes Programm legitimieren und seine Zukunft sichern, sondern meine These ist ja, ich möchte mich nicht wiederholen, aber an der Stelle darf ich das noch mal sagen: der öffentlich-rechtliche Rundfunk muss sich auch durch seine eigenen Medien selbst darstellen. Ich nenne mal einige Beispiele: Das Problem ist ja eben, Herr Vogt, dass viele junge Leute nicht wissen, dass Eins Live ein Sender des WDR ist. Das ist ja das Problem. Sie halten das für einen kommerziellen Sender, zumal er wie kein anderer, nicht wie WDR 2, nicht wie WDR 4, mit Werbung bestückt ist, was ich gut finde. Aber, die Frage, wie der WDR, wie der öffentlich-rechtliche Rundfunk schlechthin Vorgänge, die mit ihm als Teilhaber am Mediengeschäft zu tun haben, über die eigenen Programme der Gesellschaft nahe bringt, darüber könnte ich gerne eine ganze Nacht lang reden, aber dann wäre keiner mehr da. Da wird dann immer gesagt: ja, das interessiert nicht. Da haben wir keinen Sendeplatz dafür. Wir haben das alles schon x-fach angesprochen. Es ist eine merkwürdige Mauer in den Köpfen, ihr Lieben, auch bei Fritz Pleitgen. Und ich nenne ein ganz anderes Beispiel, wenn die „Maus“ (das ist jetzt eine andere Zielgruppe als diejenige, die hier sitzt) den Kindern erklären kann, was bei einer Bundestagswahl passiert, das ist im letzten September gelaufen, war ganz toll. Oder wenn sie in mehreren Folgen erklären kann, wie ein Flugzeug gebaut wird – oder andere, durchaus komplexe Vorgänge darlegt. Dann kann man Kindern auch darlegen, was öffentlich-rechtlicher Rundfunk ist und warum der eine Gebühr kostet, und wie es dann immer so schön heißt, die Kommerziellen, die kosten ja nix. Falsch, was die kosten, zahlen wir bei Aldi an der Kasse.

Martin Stock: Ich darf ganz kurz auf die Frage zurückkommen: Ist die öffentlich-rechtliche Botschaft selber präsent? Ich möchte den Unterhaltungsrundfunk im engeren Sinne beim WDR noch einmal ansprechen. Das ist ein Problem, was hier weiter nicht diskutiert worden ist. Ich hatte dazu heute Morgen einige Thesen vorbereitet. Jetzt nehme ich mal die letzte Ausgabe von epd-Medien in die Hand und lese da, dass eine Personal, die diskutiert wird beim WDR, ein neuer Unterhaltungschef wird gesucht, nachdem es vorher, wie es hier heißt, sowohl extern als auch hausintern erhebliche Kritik an der Arbeit der WDR-Unterhaltung gegeben habe, wegen fehlender Innovation. Was heißt jetzt Innovation? In welcher Richtung kann man sich das vorstellen? Man liest über diesen Mann, der hier jetzt als Kandidat gehandelt wird, er ist einmal beim WDR schon Unterhaltungschef gewesen, hat da Sendungen wie Boulevard Bio verantwortet, dann war er beim ZDF, dann war er bei RTL und schließlich war er bei Endemol und hat da Big Brother verantwortet. Jetzt kommen wir zurück zum WDR. Was haben wir jetzt zu erwarten? Ist das so eine Legionärstypen, der keine bestimmten programmlichen Leitvorstellungen hat und jetzt wieder die des WDR-Gesetzes vielleicht aufgehoben wird und nach besten Kräften vollziehen wird, oder wird seine Big Brother-Qualifikation jetzt vom WDR ausgenutzt, um Jugendliche anzulocken – oder wie kann man das verstehen?

Uwe Kammann: Das war jetzt eine Frage. Es handelt sich um Axel Beyer, der tatsächlich bei Endemol war, er hat alle Stationen oder Stufen durchgemacht.

Man könnte natürlich daraus jetzt eine thesenhafte Frage ableiten: „Kann es sein, dass vieles ohnehin wirklich amphibisch ist?“ (Das war mal der Ausdruck eines früheren WDR-Fernsehfilmchefs, der sagte: „der amphibische Film changiert zwischen Fernsehen und Kino.“) Dass man hier also sagt: Es gibt bestimmte Programmtypen (heute heißt das Formate), die lassen sich gar nicht mehr reinlich unterscheiden in eine öffentlich-rechtliche und eine private Qualität, die sind nur in ihrem Genre einfach gut. Ob dann vielleicht dieser Mann, der alles kennt, auch besonders gute Unterhaltung bringt? Könnte ja sein. Herr Kroemer, wie sehen Sie das? Kann man überhaupt noch – wie Herr Stock heute Morgen – mit den alten Maßstäben arbeiten? Big Brother hat gezeigt, die moralische Diskussion war rechtlich nicht zu führen, weil Menschenwürde ein sehr auslegbarer Begriff ist. Sind wir da vielleicht in einer auslaufenden Diskussion, die uns noch befriedigt, aber andere schon kalt lässt?

Michael Kroemer: Glaube ich nicht. Ich glaube, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk Unterhaltung auch in Zukunft – ich hoffe das natürlich auch – ein bisschen anders macht als die Kommerziellen. Man muss das ja jetzt nicht aufzählen, welche Kriterien dazu gehören. Sie haben den Begriff der Achtung genannt. Das ist ja nicht nur die Achtung vor dem Menschen, sondern das ist die Achtung vor den Werten. Und die sind in vielen Unterhaltungsformaten der Kommerziellen eben entwertet. Und an dieser Stelle, glaube ich, muss der öffentlich-rechtliche Rundfunk und müssten die gesellschaftlichen Gruppen ganz besonders aufpassen. Die Versuchung ist natürlich groß. Und wenn der WDR jemand wie Axel Beyer zurückkauft, der diese Erfahrungsbreite mit den diversen Aggregatzuständen aufweisen kann, dann fände ich das im Prinzip gut. Der Herr Bayer ist ja nicht so doof, dass er meint, er würde beim WDR dasselbe machen können wie vorher bei Endemol oder bei RTL, sondern er wird ganz genau wissen, was der WDR als öffentlich-rechtliche Anstalt von ihm erwartet. Und wenn das ein Modell wäre, dann fände ich das hochspannend.

Uwe Kammann: Herr Kroemer, wenn Sie sagen, der öffentlich-rechtliche Rundfunk müsste sich anders vermitteln: Es gibt ja beispielsweise ein medienkritisches Magazin beim NDR, das heißt „Zapp“. Es gibt eines beim Bayerischen Rundfunk, im 3. Programm, von den Quoten her nicht besonders erfolgreich. Früher gab es Herrn Greulich beim ZDF, der „Betrifft: Fernsehen“ gemacht hat. Eigentlich eine wunderbare Sendung, hätten wir alle begrüßt, nur gab es dann die Kritik: „Wer lässt sich denn gerne Salz auf den Dauerlutscher streuen?“ Wer will überhaupt kritisch über ein Medium informiert werden, das er in der Regel passiv-unterhaltsam genießt? Ist das vielleicht ein Widerspruch in sich, über ein Medium, das eben diese Wasserleitungsfunktion hat, kritisch aufklären zu wollen? Dass es womöglich nur über die gefühlte Aufnahme anders geht, und dass wir dann Werte vermittelt bekommen; aber dass das nicht diskursiv geht, also nicht, indem ich das praktisch wie in einer Schulstunde vermittelt bekomme?

Michael Kroemer: Also zunächst mal sind ganz, ganz viele Vorgänge, und zwar jeden Tag im Mediengeschäft, einfach nur spannend. Das muss ich doch einem Redakteur von EPD nicht erzählen. Und diese Vorgänge, die zunächst einmal ja Fakten darstellen, schon die sind es ja, die nicht öffentlich gemacht werden.

Die Kirch-Gruppe, diese ganze Pleite, hatte ja auch Unterhaltungswert, sonst wäre sie auch nicht so gelaufen. Sie fand ja auch nicht nur auf den Wirtschaftsseiten statt, sondern da wurde zum Beispiel der alte Kirch dann gezeigt mit seiner Zuckerkrankheit, was er für eine jämmerliche, tragische Gestalt geworden ist. Also dazu gehören viele Dinge, die im Grunde genommen nur unter dem Strich dann Medienpolitik wären, wenn der öffentlich-rechtliche Rundfunk, und zwar an zentralen Plätzen, bereit wäre, zu sagen: Ja, Medienpolitik, das gehört in unsere Programme. Das gehört vielleicht auch hier und da in die Tagesschau. Ich bin nicht unbedingt ein Verfechter eines medienkritischen Magazins in irgendeiner Programmreihe.

Uwe Kammann: Wobei man sagen muss: Kirch kam schon vor, er kam vor in Zeitungen, in Magazinen, mit seiner düsteren Untermalung. Ich kann mich an einige Stücke erinnern, das war weniger Aufklärung, wenn ich sagen darf, sondern das war schon auch Demagogie, also systemkrank, aber das ist eine andere Frage. – Herr Hömberg, wenn wir noch mal über die Vermittlung an die Öffentlichkeit diskutieren: Der frühere Bundespräsident Weizsäcker hat mal den Vorschlag gemacht, eine Medienkommission zu bilden, die eine größere Ausgabe des Medienrates wäre, den Herr Eumann hier noch mal vorgeführt hatte. Eine Medienkommission, die vielleicht jährlich einen Bericht vorlegt, und die dann eben mit der großen Aufmerksamkeit bedacht wird, die man für eine nationale Angelegenheit bekommt; und die dann vielleicht einem etwas größeren Publikum klar machen könnte, wo die Programmentwicklung hingeht, die vielleicht mit dem Gewicht von fünf, sechs großen Namen auch genügend Autorität hat, um das zu untermauern. Wäre das ein Instrument, das die interne Gremienarbeit, die ja eine kritische Arbeit ist, entsprechend nach außen transportieren könnte, um vielleicht – sagen wir mal für 10 Prozent – das Bewusstsein zu schärfen, wie dieses Instrument öffentlich-rechtlicher Rundfunk überhaupt funktioniert und wieso es ein gesellschaftsähnliches Instrument ist?

Walter Hömberg: Wenn man an die Einrichtung einer zentralen Institution denkt, dann würde es ja gar nicht reichen, nur den Rundfunk ins Visier zu nehmen, sondern dann müsste man alle Medien berücksichtigen, das ganz breite Feld. Wie man heute den Presserat hat und ähnliche Institutionen, hätte man dann eine Institution für alle Medien. Ich persönlich bin da skeptisch.

Es wurde ja mal vorgeschlagen, eine Stiftung Medientest zu gründen, analog zur Stiftung Warentest. Gerade bei der Zersplitterung und bei dem Föderalismus, der ja auch positive Seiten hat, kann ich mir kaum vorstellen, dass das sehr viel Sinn macht. Es macht wahrscheinlich mehr Sinn, in den Häusern, wo die Programme entstehen, sozusagen vor Ort, die gesellschaftliche Mitwirkung durch die Kontrolle in Form von Gremien zu intensivieren.

Das schließt nicht aus, dass man auf der Ebene der Expertise auf Berichte zur Lage der Medien zurückgreifen kann. Früher haben die Bundesregierungen alle paar Jahre Medienberichte vorgelegt. Die waren wissenschaftlich fundiert und hochinformativ. Sie basierten auf vielen Einzelstudien und sind für uns Kommunikationswissenschaftler heute noch die wichtigsten Dokumente über die Me-

dienentwicklung. Solche Medienberichte sind nun schon seit längerer Zeit nicht mehr vorgelegt worden. Das ist sehr bedauerlich.

Uwe Kammann: Aber Sie meinen, diese Berichte, ich kenne sie ja noch, hätten die Medienpolitik mit beeinflusst oder auch die Stellung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks? Oder war es nur ein schönes Papier?

Walter Hömberg: Nein, es war nicht nur ein schönes Papier, sondern man hatte in der Tat einen Überblick über die aktuelle Situation und über die Entwicklungslinien, und zwar in allen Medien. Das Spektrum reichte von der Kommunikationspolitik über die Ausbildung der Journalisten bis hin zur Medienpädagogik. Wenn wir die Situation der Medien breit diskutieren, dann gehören alle diese Elemente dazu. Die Medienberichte waren eine sehr sinnvolle Einrichtung, weil sie eben auf Expertise und auf vielen Gutachten, die dafür eingeholt worden sind, beruhten. Ob wir allerdings noch ein zusätzliches Gremium brauchen? Da bleibe ich eher skeptisch.

Uwe Kammann: Herr Stock, das ist noch mal Ihr Stichwort.

Martin Stock: Ja, das Thema Medienrat, das ist hier in NRW im Augenblick ein interessantes Thema. Ich glaube nicht, dass die im neuen Landesmediengesetz gewählte Konstruktion schon ausgereift ist, wonach dieser Medienrat ein Organ der Landesanstalt für Medien sein soll. Er wird vom Landtag beschickt, ein fünfköpfiges Organ, das vom Parlament möglichst in interfraktionellem Konsens mit Experten besetzt werden soll (also nicht nur mit irgendwelchen angepassten, eher gefügigen Parteifreunden und Nahestehern, und auch nicht nach einem starren Parteienproporz). Dieses Gremium hat nach dem Gesetz Funktionen, die weit über den Bereich der LfM hinausreichen. Sie betreffen indirekt auch den WDR, ferner die Zeitungs- und Zeitschriftenpresse usw., kurz: das gesamte Medienwesen im Lande. Wenn man diese weitgefasste Thematik ernsthaft bearbeiten wissen will, müsste man den Medienrat wohl auf einer höheren Ebene ansiedeln.

Letzteres wäre, wie mir scheint, eine sinnvolle Perspektive. Ich sehe die Ansiedlung einer Kritikfunktion einerseits innerhalb der einzelnen Häuser und andererseits außerhalb von ihnen nicht als Alternative an. Ich halte jedenfalls auch eine externe Instanz für sinnvoll. Erinnerung sei an eine frühere Initiative der Bertelsmann-Stiftung. Bei der Stiftung gab es eine Ad-hoc-Kommission, die 1995 einen „Bericht zur Lage des Fernsehens“ vorlegte, ganz hochkarätig, recht substantiell – und dann versackte das irgendwie. Da hatte es anscheinend Widerstände gegeben, und die Sache blieb stecken. Bertelsmann verlor das Interesse, wohl auch deshalb, weil eigene Geschäftsinteressen tangiert und nicht zur Zufriedenheit der Konzernspitze behandelt worden waren. Dann wurde überlegt, einen derartigen Board beim Bundespräsidenten anzusiedeln, das war Herzog damals. Herzog war daran jedoch nicht interessiert. Bei Rau hat man es dann wohl gar nicht erst versucht, das Thema war schon wieder in Vergessenheit geraten. Das muss aber nicht so bleiben. Also die Präsidialebene, das wäre eine Möglichkeit. Besser wäre aber m.E. eine Stiftung, und zwar keine kommerziell beeinflusste à la Bertelsmann-Stiftung, sondern eine wirklich selbständige.

Wie könnten wir da weiterkommen? Sei es bundesweit oder, in kleinerem Maßstab, auf Landesebene.

Das ist, wie ich meine, ein Thema, das man weiterverfolgen sollte. So ein Gremium wäre allerdings sinnlos, wenn es auch nur wieder herumpalavern oder irgendwelche proportionalen und lauen Verlautbarungen in die Welt setzen würde. Es wäre hingegen nützlich, wenn es die Diskussion in den Medienwissenschaften und im medienpolitischen Raum intensivieren und die politischen Akteure stärker herausfordern könnte. Und das bedeutet auch, dass es stärker basisorientiert arbeiten müsste. Da kommen wir auch wieder zu den Postulaten zurück, die ich vorhin aufgestellt habe, betreffend zivilgesellschaftliche Verankerung und Bodenhaftung. Wie man da weiterkommen kann, das halte ich für eine interessante Frage.

Uwe Kammann: Auf politischer Ebene wird derzeit das Instrument der Selbstverpflichtung diskutiert. Das heißt, was den speziellen öffentlich-rechtlichen Wert ausmacht, sprich, das, was im Programm angestrebt wird, sollen die Anstalten selbst formulieren. Und dann soll diese Selbstverpflichtung jährlich auf ihre Realisierung hin untersucht werden; man soll dann einen Bericht machen, das ist sozusagen ein Modell im kleinen. – Herr Kroemer, ist das auch nur ein Schaufenstermodell, weil im Grunde das in der alltäglichen Arbeit schon immer passiert? Sonst müssen wir annehmen, die sind vom Pfade ein bisschen abgewichen. Also, muss das jetzt noch mal festgeschrieben werden? Hat das dann einen größeren Wert? Hat es dann mehr Garantiewert?

Michael Kroemer: Das würde ich als eine PR-Maßnahme mit kurzfristiger Wirkung betrachten, aber ansonsten bringt das ja in die Struktur überhaupt keinen neuen Aspekt hinein. Nein, wenn wir den WDR als Beispiel nehmen, dann ist die Struktur vollkommen klar, was die Gremien betrifft. Was die Redaktionen betrifft, gibt es die Dienstanweisungen des Intendanten, ein riesenlanges Papier, in dem sozusagen die Programmgrundsätze, wie sie im WDR-Gesetz kurz umrissen sind, ausgeführt werden, und zwar bis in kleine Details hinein. Und diese viel zitierte Dienstanweisung des Intendanten, die nicht allzu oft geändert oder ergänzt wird, ist auch wesentlicher Bestandteil der Arbeit des Programmausschusses.

Uwe Kammann: Herr Vogt, halten Sie etwas davon? Oder ist das wirklich nur ein Placebo, mit dem man vielleicht auch der Kritik der privaten Veranstalter entgegenkommt? Die ja immer sagen: „Der Funktionsauftrag der Öffentlich-Rechtlichen ist gar nicht klar definiert, die machen immer anderes und machen immer Kommerzielleres, aber die sollen jetzt verpflichtet werden auf eine eng geführte innere Diskussion.“ Ist das also im Grunde doch wertlos?

Karl-Heinz Vogt: Das ist es nicht! Es scheint schon von Bedeutung zu sein, dass vom Programmanspruch her und von seiner Realisierung her der Versuch gemacht wird, die Verpflichtungen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks transparenter zu machen. Ich meine schon, dass man verschiedene Wege suchen muss; davon wird manches sich als Irrweg erweisen oder möglicherweise auch

als Placebo. Aber dass man verschiedene Wege ausprobieren muss, davon bin ich überzeugt.

Uwe Kammann: In Frankreich gibt es das schon lange, da heißt es dann Lastenheft. Das wird jedes Jahr erneuert, und man kann es dann neu definieren. – Vielleicht, ich glaube auch mit Blick auf die Uhr, müssen wir jetzt zum Schluss kommen. Ich würde aber nicht wagen, jetzt irgendeine Bilanz zu ziehen. Dazu hatten wir wirklich zu vielfältige Argumente hier am Tisch und auch im Saal.

Walter Hömberg: Darf ich noch eine Fußnote beitragen? Vielleicht nur folgenden Hinweis: Im Jahr 1981 ist in der Schriftenreihe der Bundeszentrale für Politische Bildung eine Broschüre erschienen mit dem Titel „Rundfunkräte auf dem Prüfstand“. Der Herausgeber hat mir glaubhaft versichert, dass er allergrößte Probleme hatte, diesen Titel durchzubringen. Er bekam vom Verlag immer wieder die Titelseite zurück, und es stand immer wieder drauf: „Rundfunkgeräte auf dem Prüfstand“. Ich denke, das kann nach dieser Tagung sicherlich nicht mehr passieren. (*Lachen*)

Uwe Kammann: Besser hätte man eine Pointe nicht formulieren können, Herr Hömberg. Das könnte keine öffentliche Hand und auch keine unsichtbare machen, das ist einfach der Mund eines tollen Mannes. – Insofern danke ich allen noch mal für die Aufmerksamkeit, für die Diskussionsbeiträge, und wünsche Ihnen einen guten Weg nach Hause.